

Abonnements

werden von den Postämtern, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen. Bezugspreis monatlich 1,60 Reichsmark zuzügl. Postgeb. Das Leitener Kreisleit. erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 33, Bülowstraße 87.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 33, Bülowstraße 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Abgehenden-Expeditoren angenommen. Die eingepostete Anzeigensumme oder deren Hälfte kostet 14 Pfennig, die 3 gepostete Anzeigensumme im Reklameteil und an der Spitze des Blattes 1,25 Reichsmark. Abonnenten erhalten auf Familienanzeigen 25 Prozent Rabatt. Kl. Anzeigen: Das Wort 10 Pf., fetze Wörter 20 Pf.

Teltower Kreisblatt

Versprech-Anschluß: Sammel-Nr. B 2 Bülow 671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postfachamt: Berlin 1619 61.

Nr. 290.

Berlin, Freitag, den 9. Dezember 1932.

77. Jahrg.

Amtliches.

Schießplatz Kammersdorf.

Scharfschießen:

Am 10. und 12. Dezember 1932, Schießbahn West bis 6200, Beginn 8 Uhr, Dauer 5 Stunden.

Berlin, den 9. Dezember 1932.

Der Landrat des Kreises Teltow. von Nathusius.

Neues in Kürze

Nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen des Reichstags ist mit fastlicher Weiterberatung und Vertagung bis Mitte Januar zu rechnen.

In der Sitzung der Fünfmächtekonferenz stellte Freiherr von Neurath zwei präzise Fragen, von denen genauer Beantwortung Deutschlands weitere Mitarbeit abhängt.

Der preussische Ministerpräsident Brauns hatte eine Besprechung mit dem Reichsminister von Schleicher, die wahrscheinlich die preussische Vertretung im Reichsrat betraf.

Dr. Böhle, Präsident der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen wählte den bisherigen Vizepräsidenten Dr. Böhle zum Präsidenten der Landwirtschaftskammer.

Kurzer Aufenthalt Elinowas in Berlin. Der russische Volkskommissar für Auswärtiges, Elinow, traf auf der Durchreise nach Genf zu kurzem Aufenthalt in Berlin ein.

Steigende Arbeitslosigkeit in Ostpreußen. Die Zahl der untertägigen Arbeitslosen in Ostpreußen ist in der zweiten Novemberhälfte um rund 19 000 auf 329 707 gestiegen.

Die Aufgaben des Arbeitsbeschaffungskommissars.

Die Verhandlungen über den Aufgabenbereich des Arbeitsbeschaffungskommissars für Arbeitsbeschaffung Dr. Gerete sind noch nicht abgeschlossen. Es sind zunächst noch genaue Klärungen innerhalb des Kabinetts notwendig, namentlich über die Abgrenzung des Arbeitsgebietes des Arbeitsbeschaffungskommissars. Außerdem muß noch Arbeit über die Zusammenarbeit mit der Reichsbank geschaffen werden. Es wird erwartet, daß die Verhandlungen von allen Seiten nach Möglichkeit beschleunigt und gefördert werden, damit mit der gebotenen Schnelligkeit praktische Arbeitsbeschaffung durchgeführt werden kann.

Gewerkschafter beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine Abordnung des Belagverbands der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, bestehend aus den Herren Die, Imbusch, Walrusch, Kaiser, welche dem Reichspräsidenten über die Notlage in der deutschen Arbeiterschaft berichteten und Maßnahmen zur Binderung der aufgetretenen Notstände vorstiegen. Der Reichspräsident legte eine als baldige und sorgfältige Prüfung der gemachten Vorschläge zu.

Jung-Erwerbslose im Reichstag.

Am Reichstagsgebäude fand sich eine Gruppe jüngerer Berliner Erwerbsloser ein, die den Fraktionen bestimmte Forderungen für die Erwerbslosen unterbreitete. Dabei wurde verlangt, daß den Erwerbslosen täglich ein warmes Mittagessen gegeben werde, daß man ihnen freier auf der Straßenbahn insoweit zuzuhören, als die Wohnungen der Erwerbslosen in größerer Entfernung von der Stempelstelle liegen. Ferner wurde die kostenlose Lieferung von Kleidung und Schuhwerk, die Schaffung von Unterkunftsräumen, eine Winterhilfe von 20 RM und Arbeit zu Tariflohn gefordert.

Keine Beamtengehaltserhöhungen.

In den Kreisen der Wirtschaft kursieren Gerüchte über bevorstehende Kürzungen der Beamtengehälter. Es wird im Zusammenhang mit diesen Gerüchten behauptet, daß das Einkommensgesetz dadurch gewisse Erminderungen erfordere. Sowohl von den zuständigen Stellen der Reichsregierung wie auch der kommunizistischen Regierung wird mit allem Nachdruck erklärt, daß Gehaltserhöhungen weder in Aussicht genommen sind noch erwogen werden.

RPD-Gehheimfender entdeckt

Drei Personen verhaftet.

Berlin, 9. Dezember.

In Zusammenarbeit mit Beamten der Post und der Reichsgrundbesitzgesellschaft gelang es der Politischen Polizei, im Berliner Norden einen Geheimfender festzustellen, über den in letzter Zeit wiederholt kommunistische Propagandabreden verbreitet wurden. Die Anlage wurde gerade in dem Augenblick entdeckt, als der Sender von drei Leuten abmontiert und fortgeschleppt werden sollte. Der Apparat ist beschlagnahmt worden. Die drei Personen, über die im Interesse der weiteren Ermittlungen noch nichts gesagt werden kann, wurden dem Polizeipräsidium zugeführt.

Die Tagung des Reichstages

Vertagung bis Mitte Januar gilt als sicher

Berlin, 9. Dezember.

Der zweite Tag der gegenwärtigen Reichstagsagung hat, wenn man von dem häßlichen Zwischenfall abliest, der auf der Tribüne begann und sich im Wandelgang fortsetzte, einen Verlauf genommen, der fast vollkommen früheren normalen Parlamentszeiten entsprach. Die Beratung der beiden Gesetzesanträge wurde ganz ordnungsmäßig durchgeführt, und zwar so sehr, daß es allgemein eine Ueberzeugung auslieferte, als die Vertagung auf Freitag schon gegen 7.30 Uhr verkündet wurde, während man noch eine endlose Rednerliste erwartete und damit gerechnet hatte, daß es mindestens 10 oder 11 Uhr werden würde.

Angesichts dieser Entwicklung des Tages läßt sich das Ergebnis dahin zusammenfassen, daß der Eindruck sich verstärkt hat, wonach für Freitag die Vertagung des Reichstags auf Mitte Januar erwartet werden kann.

Auf eine einfache Formel gebracht, liegen die Dinge folgendermaßen: Das Stellvertretungsgezet macht keine Schwierigkeiten. Bei dem sozialpolitischen Fragenkomplex sind die sozialdemokratischen Anträge die am weitestgehenden, weil sie die Aufhebung der ganzen Notverordnungen vom 14. Juni und vom 4. September verlangen. Es hat sich schon gezeigt, daß diese Anträge der Ablehnung verfallen werden. Dagegen werden die nationalsozialistischen Anträge, die sich auf die Aufhebung der Lohn- und sozialpolitischen Bestimmungen beschränken, mit Sicherheit angenommen werden. Konfliktlos ergibt sich daraus also nicht, und so kann sich dann — wenn nicht außergewöhnliche Zwischenfälle eintreten, an die man aber kaum noch glaubt — am Freitagabend der Reichstag bis Mitte Januar vertagen. Für diesen Ausgang der Reichstagsagung spricht u. a. auch die Mehrheitsbildung, die sich ergab, als von links der Antrag gestellt worden war, den Reichstagsler zu zitiieren. Der Antrag wurde mit derselben Mehrheit abgelehnt, die schon am Dienstag in die Erscheinung getreten war. Man darf erwarten, daß der Reichstag bei den entscheidenden Abstimmungen am Freitagabend dasselbe Bild bieten wird.

Verhandlungen über die Amnestie

Die Frage, von deren Entscheidung Vertagung des Reichstags über Weihnachten und damit damit Mißtrauensvotum und Konflikt abhängen, ist die Gestaltung der Amnestie, über die der Reichstagsler am Freitag berät. Unverändliche Vorbesprechungen darüber hatten zwischen den Führern der größeren Parteien schon stattgefunden. Die Juristen der einzelnen Fraktionen hatten verschiedene Besprechungen untereinander, um die Ausschussberatungen vorzubereiten. Vom Plenum sind dem Ausschuss drei Entwürfe überwiesen worden, die von den Nationalsozialisten, den Kommunisten und den Sozialdemokraten beantragt waren.

Diese Entwürfe sind zwar äußerlich sehr verschieden, ihr Inhalt deckt sich jedoch im wesentlichen. Die Streitpunkte bilden die Behandlung der Landesverratsfälle und die Behandlung der schweren Verbrechen gegen das Leben und gegen das Sprengstoffgesetz. Der kommunistische Antrag will beide Gruppen mit amnestieren, der nationalsozialistische wenigstens die zweite Gruppe. Dagegen dürfen in dem sozialdemokratischen Entwurf schon die Bedenken der Regierung und der Mittelparteien gegen eine solche Regelung berücksichtigt sein. Es handelt sich nun darum, wenigstens mit den Nationalsozialisten eine Kompromißfassung zu vereinbaren, die gleichzeitig für die Regierung und den Reichspräsidenten erträglich wäre.

Nach dem bisherigen Verlauf der Besprechungen rechnet man bei allen Parteien damit, daß es zu einer Einigung kommt, und daß dadurch die Vertagung des Parlaments bis Mitte Januar ermöglicht wird. Für das Stellvertretungsgezet und die Aufhebung der besonders stark umkämpften sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnungen ist ohnehin im Reichstag eine Mehrheit vorhanden, und was die sozialpolitischen Notverordnungen angeht, so

glaubt man in parlamentarischen Kreisen, daß das Kabinett schon gleichzeitig mit dem Reichstagsbeschluss die entsprechenden Maßnahmen von sich aus treffen wird.

Otto Braun beim Reichsfinanzler

Reichsfinanzler von Schleicher hatte eine Besprechung mit dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, die sich im wesentlichen um die Haltung der preussischen Regierung bei den kommenden Reichsratsverhandlungen drehte.

Regierungsentwurf über Straferlass

Aussprache im Reichsausschuss des Reichstags.

Berlin, 9. Dezember.

Der Rechtsausschuss des neuen Reichstags trat unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frank zu seiner ersten Sitzung zusammen und erörterte in eingehender Aussprache die von den einzelnen Fraktionen eingereichten Amnestieanträge. Reichsjustizminister Gurtner erkannte unter Zurückstellung grundsätzlicher Bedenken an, daß manche Vorgänge der letzten Zeit, so z. B. Sondergerichtsurteile und die strafrechtlichen Folgen des Berliner Verkehrsstreiks, in weiten Kreisen den Wunsch nach einem Straferlass haben aufkommen lassen und gab anstehend den vom Kabinett in roher Umrisse fertiggestellten Amnestieentwurf bekannt. Dieser Entwurf sieht im wesentlichen folgendes vor:

Strafen bis zu einem Jahr werden erlassen. Zeitliche Freiheitsstrafen von längerer Dauer werden auf die Hälfte herabgesetzt, mindestens jedoch um ein Jahr ermäßigt. Nicht zeitlich bestimmte Freiheitsstrafen (Lebensstrafen) werden umgewandelt in eine Gefängnisstrafe von 7½ Jahren. Voraussetzung für die Amnestie soll sein, daß es sich um Straftaten aus politischen Gründen oder um Straftaten im Laufe von Wirtschaftskämpfen handelt.

Ausgenommen von der Amnestie sollen nach dem Vorschlag des Reichsjustizministers sein: Verbrechen gegen das Leben, ferner gegen den § 1 der Anti-Zeror-Verordnung vom 9. 8. 32, jedoch Körperverletzung oder gemeinschaftliche Verbrechen mit Todeserfolg, außerdem Hochverrat, Landesverrat und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz.

Gregor Straffer erkrankt

Berlin, 9. Dezember.

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit, daß Gregor Straffer mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen antritt, und daß alle weiteren daran geknüpften Gerüchte und Kombinationen unzutreffend seien und jeglicher Grundlage entbehren.

In politischen Kreisen hat diese Mitteilung Aufsehen erregt, ließen doch kurz zuvor Gerüchte um, in denen davon die Rede war, Gregor Straffer habe in einem an Adolf Hitler gerichteten Brief seine Aemter in der NSDAP niedergelegt. Auf diese Gerüchte bezieht sich der Zulauf des nationalsozialistischen Communiqués, der alles von sich weiß, was über den Urlaub hinausgeht.

Nach der Annahme politischer Kreise liegen die Dinge so, daß in der nationalsozialistischen Führung eine Aussprache über die grundsätzliche Haltung der Partei zu dem Problem einer Regierungsübertragung stattgefunden hat. Der Antrag dazu sollen die Verhandlungen über die Regierungsverhältnisse in Berlin gegeben haben, die ziemlich weit gediehen seien und Aussicht für die Bildung einer Koalition zwischen Nationalsozialisten, Zentrum und nationalsozialistischer Volkspartei eröffnen haben sollen. Der preussische Ministerpräsident sollte dann zugleich Vizekanzler im Reich werden. Schwierigkeiten sollen sich dann daraus ergeben haben, daß Straffer, wenn er entweder für seine Person oder für Gregor Straffer seine Zustimmung zur Annahme der preussischen Ministerpräsidentenschaft gibt, damit gleichzeitig den Anspruch auf das Reichsfinanzleramt preisgeben würde. Gregor Straffer gilt als erster Bewerber einer praktischen Regierungsbeamtung der NSDAP.

Stützung des Getreidemarktes

Saisonübliche Steigerung des Angebots.

Berlin, 9. Dezember.

Gegenwärtig ist am Getreidemarkt eine saisonübliche Steigerung des Angebotes zu verzeichnen. Von der DGS werden dementsprechend zur Stützung des Marktes härtere Mittel eingesetzt. Das wird auch für die weitere Dauer des Saisondruckes ohne weiteres möglich sein, da sich die finan-

liche Stützungstelle gerade erst am Anfang der Verwendung der im November von der Reichsregierung bereitgestellten Mittel befindet. Die Stützungsmittel der DGS sind auch nach Neujahr 1933 nicht aufhören.

Es bleibt demnach der Grundgedanke bestehen, daß es für den Landwirt falsch ist, in Zeiten wachsender Preise Ware zu verkaufen und in Zeiten steigender Preise dem Markte fernzubleiben.